

Partei	CSV	LSAP	DP	GRENG
<b>Verhältnis Frauen / Männer auf Liste</b>	20 von 60 (33,33%)	15 von 60 (25,00%)	16 von 60 (26,67%)	29 von 60 (48,33%)
<b>Spitzenkandidatinnen</b>	1/4	0/4	0/4	0/4
<b>Position zu Quote</b>	33%	25%?		durch die Einführung paritätischer Wahllisten und Unterstützung für Frauen, die sich politisch engagieren wollen, dafür sorgen, das auf kommunaler und nationaler Ebene mehr Frauen in der Politik mitbestimmen;  [Parität auf Listen und in Gremien]
<b>Wahlprogramm</b>				
<b>Eigenes Kapitel Frauenpolitik im Wahlprogramm</b>	x (721) "Fraen a Männer: gläich Rechter, Flichten an Chancen"	x (1563) "Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern"	x (8061) "Unsere Politik nimmt die Sorgen der Frauen ernst."	x (4402) "Gender Mainstreaming: mehr Lebensqualität für Frauen und Männer"
<b>Philosophie</b>	<p>Die Grundphilosophie des CSV Wahlprogramms lautet: „Zesummen“. Nur das Miteinander führt zum Erfolg. Wir wollen gelebte Demokratie, den Bürger in die Entscheidungen einbringen und den Initiativgeist der Bürger fördern. Wir wollen das Miteinander: von Frauen und Männern, von jung und alt, von Luxemburgern und Nicht-Luxemburgern unterstützen.</p> <p>Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Ressort übergreifendes Thema, das keineswegs allein unter seinen familienrelevanten Aspekten abgehandelt werden darf.</p>	<p>Jungen Familien gelingt es nur schwer, Beruf und Familie zu vereinbaren. Viele Mütter und Väter müssen beide einer Beschäftigung nachgehen, um sich ihren Lebensunterhalt (Wohnung,...) zu verdienen. Mangels adäquater Betreuungsstrukturen haben sie jedoch große Schwierigkeiten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Weit über 40% aller in Luxemburg lebenden Frauen im erwerbsfähigen Alter gehen keiner Erwerbstätigkeit nach. Das bestehende Familienförderungsmodell unterstützt ein veraltetes Familienbild: Vater arbeitet, Mutter kümmert sich um die Kinder. Die bestehenden Familiengeldleistungen aber auch das Steuersystem fördern dieses Familienbild. Weil es sich finanziell nicht lohnt geben viele Frauen deshalb ihre Erwerbstätigkeit ungewollt auf.</p> <p>Die DP wird sich für die Gleichbehandlung der Geschlechter bzw. die Gleichstellung von Mann und Frau einsetzen. Eine aktive Gleichstellungspolitik bedeutet mehr Lebensqualität für Mann und Frau, mehr Freiheit bei der Lebensgestaltung, eine offenerere Gesellschaft. Diese Ziele erreichen wir durch einerseits ein gutes gesetzliches Arsenal und andererseits durch konkrete Maßnahmen, die dazu dienen besonders den Frauen den Zugang zu (Weiter-) Bildung, Arbeit und freier Lebensentfaltung zu erleichtern.</p>	<p>Das Zusammenleben in unserer Gesellschaft hat sich grundlegend verändert. Auch wenn in Luxemburg die Frauenerwerbsquote noch weit unter jener der nordischen oder angelsächsischen Länder liegt, so steigt sie doch kontinuierlich an. In sehr naher Zukunft wird es auch hierzulande selbstverständlich sein, dass alle Frauen und Männer berufstätig sind. Diese Tatsache bedingt eine Reorganisation des Zusammenlebens, um Beruf, Familie und Kindererziehung auf einen Nenner zu bringen und um Kindererziehung und Zusammenleben nicht zu kurz kommen zu lassen. Hier muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und staatliche oder kommunale Rahmenbedingungen schaffen, die eine moderne Familienpolitik unterstützen.</p> <p>Unsere Gesellschaft befindet sich schon seit Jahrzehnten im Wandel. Traditionelle Lebens- und Familienmuster verändern sich, immer mehr Frauen sind erwerbstätig und dadurch wird es notwendig, das Rollenverständnis von Frauen und Männern zu überdenken und neu zu gestalten. Die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Für die luxemburgische Volkswirtschaft ist es notwendig, die Kompetenz und Kreativität der Frauen in vollem Umfang zu nutzen. Damit geschlechtsspezifische Diskriminierungen abnehmen, muss die Sensibilisierung für Geschlechterfragen in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden und schon bei den Kindern ansetzen. Ein wichtiger Beitrag ist auch die verstärkte Präsenz von Frauen in der Politik, sowohl auf kommunaler wie auf nationaler Ebene. Darüber hinaus ist es unabdingbar, dass die Politik klar Position bezieht zu umstrittenen ethischen Fragen wie z.B. dem Schwangerschaftsabbruch.</p>	

ADR	LENK	KPL	Jaerling
27 von 60 (45,00%)	19 von 60 (31,67%)	21 von 60 (35,00%)	7 von 32 (21,88%)
0/4	1/4	0/4	0/2
<p>Die ADR berücksichtigt die naturgegebenen Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Dort wo es diskriminierende Bestimmungen oder Praktiken gegen Frauen oder Männer geben mag, muss die Politik selbstverständlich korrigierend eingreifen. Doch kann man nicht aus jedem numerischen Unterschied gleich auf eine Diskriminierung schließen! Die ADR wendet sich ausdrücklich gegen eine Quotenlogik in Politik, Beruf oder Familie. So verlangt sie zum Beispiel, dass Auswahl- und Promotionskriterien funktionsbezogen sind und ausschließlich der objektiven, persönlichen Eignung des Betroffenen Rechnung tragen. Quoten verletzen das Gleichheitsprinzip, das eine tragende Säule des demokratischen Rechtsstaats ist. Die ADR begegnet daher auch vielen der derzeit gebräuchlichen Argumente auf dem Gebiet der Chancengleichheit mit einiger Skepsis. So bedarf zum Beispiel die Interpretation von Statistiken und menschlichen Verhaltensweisen nicht nur einer hohen Sachkenntnis, sondern vor allem einer objektiven und differenzierten Herangehensweise. Die Komplexität der individuellen Entscheidungsgründe, genau wie die der gesellschaftlichen Wechselwirkungen, darf nicht simplistischen Interpretationsmustern nach ideologischen Vorgaben zum Opfer fallen. Die ADR duldet keine Benachteiligung eines Menschen aufgrund seines Geschlechts. Genau so wenig akzeptiert sie aber eine Besserbehandlung einer Person aufgrund eines solchen Kriteriums, zum Beispiel durch eine so genannte „positive“ Diskriminierung. Solche geschlechtsbezogene Unterscheidungen bringen allzu häufig nur Ungerechtigkeiten hervor. Die Besserbehandlung der Einen ist oft nichts anderes als die Benachteiligung der Anderen.</p>	<p>Gesetzliche Bestimmungen um die paritätische Beteiligung in der Politik zu fördern, durch ein neues Wahlgesetz, das die Quotierung der Listen vorschreibt, und durch ein neues Gemeindegesetz, das die Quotierung der Gemeindekommissionen vorschreibt.</p> <p>[keine offizielle Parteiquote?]</p>		
<b>Wahlprogramm</b>			
x (13052) Gleich Rechte fir Mann a Fral	x (5145) Für die Gleichstellung von Frauen und Männern		
<p>Die Familienpolitik ist mit Sicherheit einer der Bereiche, die in den letzten Jahren den stärksten gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen waren. Für die ADR ist und bleibt sie ein zentrales Anliegen ihrer Politik. Das Familienbild unserer Gesellschaft hat sich grundlegend gewandelt, vor allem auch weil es heute, aus den verschiedensten Gründen, selbstverständlich geworden ist, dass die meisten Erwachsenen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die wirtschaftlichen Erfordernisse unserer Gesellschaft, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Notwendigkeit des Aufbaus eigener Pensionsansprüche, sowie die Valorisierung der schulischen und beruflichen Ausbildung aller Bürger sind maßgebliche Faktoren, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben.</p> <p>Für die ADR ist und bleibt die Familie das Fundament der Gesellschaft. Ihre Familienpolitik zielt daher darauf ab, dass die hauptsächlich zu Hause geleistete Erziehungsarbeit, im Vergleich mit anderen Lebensmodellen, schrittweise aufgewertet und anderen beruflichen Tätigkeiten gleichgestellt wird. Daher verdient auch das besonders schützenswerte traditionelle Familienmodell, bei dem einer der beiden Partner sich teilweise oder ganz der Erziehung der Kinder widmet, eine größere politische Unterstützung.</p> <p>Die ADR steht für eine pragmatische und gerechte Politik der Chancengleichheit ohne jegliche Ideologie. Der Begriff der „Chancengleichheit“ heißt für die ADR ausdrücklich nicht, dass die Politik eine allgemeine Gleichmacherei zwischen Frauen und Männern betreiben sollte. Chancengleichheitspolitik ist auch keine Einbahnstraße. Es ist nicht annehmbar, dass versucht wird, die Probleme der Einen zu lösen und dabei die Probleme der Anderen zu ignorieren.</p> <p>Im demokratischen Rechtsstaat haben alle Bürger, Frauen und Männer, ganz selbstverständlich die gleichen Rechte und Pflichten. Der Staat muss das Privatleben der Menschen in jeder Hinsicht respektieren. Er hat insbesondere die persönlichen Entscheidungen aller Menschen für ihre Lebensplanung zu respektieren, ohne sich anzumaßen, diese beeinflussen oder gar bevormunden zu wollen.</p>	<p>Die Zurückdrängung und Überwindung des Kapitalismus ist für sie nicht Ziel an sich, sondern Mittel zum Zweck : einer aktiven Demokratie, auch am Arbeitsplatz und in der Wirtschaft ; einer Entwicklung der sozialen Beziehungen zu Gleichheit und Kooperation; der individuellen Entfaltung und Freiheit der Menschen abseits von materieller Not, ökonomischer Ausbeutung, sozialer, geschlechtlicher oder ethnischer Diskriminierung, politischer Unterdrückung, kultureller Entmündigung, Raubbau an der natürlichen Umwelt.</p>		

Partei	CSV	LSAP	DP	GRENG
<b>Strukturen</b>				
<b>Verfassung und Institutionen</b>	Bei der Thronfolge darf es keine Diskriminierung eines Geschlechts mehr geben.			
<b>Entscheidungsebene</b>	eine gezielte Förderung des Zugangs von Frauen zu Leitungspositionen in Politik, Wirtschaft und in der Finanzwelt, der Industrie sowie im Bereich der Technologie, Medien und Kultur		Die DP möchte ihre Gleichstellungspolitik besonders dort ansetzen, wo es heute konkrete Hindernisse gibt, die eine ganze Reihe Ungerechtigkeiten zur Folge haben. Diese Ungerechtigkeiten bestehen besonders beim Zugang der Frauen zur Erwerbstätigkeit, bei der Entwicklung ihrer Arbeitskarrieren, bei der Entwicklung ihrer Löhne und bei der politischen Partizipation.	3. Frauen im gesellschaftlichen Leben déi gréng werden: - sich dafür einsetzen, dass Frauen auf allen gesellschaftlichen Ebenen stärker vertreten sind; - durch die Einführung paritätischer Wahllisten und Unterstützung für Frauen, die sich politisch engagieren wollen, dafür sorgen, dass auf kommunaler und nationaler Ebene mehr Frauen in der Politik mitbestimmen;
<b>Gender mainstreaming</b>		Die Sozialisten werden daneben den Austausch von guten Gleichstellungspraktiken fördern und eine unabhängige Chancengleichheitsagentur schaffen, die beschlossene Maßnahmen kontrolliert und gewonnene Erkenntnisse bündelt, analysiert und weitervermittelt.	<b>Gender mainstreaming für mehr Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.</b> Die Verfassung fordert die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Es obliegt der öffentlichen Hand die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Die Strategie des "Gender mainstreaming", zu der Luxemburg sich international verpflichtet hat, geht davon aus, dass es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt und politische, finanzielle sowie administrative Entscheidungen unterschiedliche Auswirkungen auf Mann und Frau haben. Wir werden dort wo es Sinn macht, die notwendigen Voraussetzungen zur Anwendung der „Gender mainstreaming“ Strategie schaffen bzw. diese Strategie konsequent anwenden.	Damit geschlechtsspezifische Diskriminierungen abnehmen, muss die Sensibilisierung für Geschlechterfragen in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden und schon bei den Kindern ansetzen.
<b>Genderbudgeting</b>				Déi Gréng werden - dafür sorgen, dass das „Gender Budgeting“ zum festen Bestandteil des politischen Handelns wird.

ADR	LENK	KPL	Jaerling
<b>Strukturen</b>			
<p>Desweiteren ist es nicht zulässig, dass die Staatsanwaltschaft derzeit einen juristischen Informationsdienst unterhält, der nur einem der beiden Geschlechter offen steht. Solche staatlichen Beratungsdienste müssen stets allen Bürgern in gleichem Maße zur Verfügung stehen.</p> <p>Die Justiz muss stets neutral sein und alle Bürger gleich behandeln. So ist es zum Beispiel nicht zulässig, dass die Staatsanwaltschaft einen juristischen Informationsdienst unterhält, der nur einem der beiden Geschlechter offen steht. Solche staatlichen Beratungsdienste müssen stets allen Bürgern in gleichem Maße zur Verfügung stehen. Bei Sorgerechtsfragen oder anderen Fragen im Zusammenhang mit Kindern ist darauf zu achten, dass nicht ein Geschlecht systematisch gegenüber dem anderen Geschlecht bevorzugt wird.</p> <p>Die ADR geht davon aus, dass es keine ausreichenden Ursachen dafür gibt, um ein eigenständiges Ministerium für Chancengleichheit weiterhin im Regierungsgefüge bestehen zu lassen. Die noch vor Jahrzehnten existierenden legalen Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind längst beseitigt worden. Sie ist daher der Auffassung, dass die Aufgaben dieses Ministeriums fortan von einer Verwaltungseinheit auf einer niedrigeren Ebene übernommen werden sollten. Dabei sollte der Aufgabenbereich dieser Verwaltungseinheit umfassend überprüft werden, um ihn den wirklichen und aktuellen Bedürfnissen anzupassen.</p>			
<p>Wie in anderen Bereichen auch, befürwortet die ADR im Bereich der Chancengleichheit einen sinnvollen und verantwortungsvollen Abbau der Bürokratie und eine Vereinfachung der administrativen Prozeduren. Sie wird daher insbesondere die Notwendigkeit der Vielfalt der bürokratischen Strukturen in diesem Bereich überprüfen und gegebenenfalls Korrekturen vornehmen. Auch das übereifrige Erheben von geschlechtsspezifischen Statistiken oder die Verbreitung von immer neuen, legislativen oder administrativen Prozeduren unter dem so genannten „gender“-Aspekt wird von der ADR kritisch hinterfragt. Die ADR ist der Ansicht, dass die rein geschlechtsspezifische Ausrichtung der bisherigen politischen Arbeit im Bereich der Chancengleichheit revidiert werden muss um in Zukunft auch noch anderen Themen eine größere politische Sichtbarkeit geben zu können.</p> <p>Die ADR steht ausdrücklich für eine möglichst umfassende Meinungs- und Redefreiheit. Sie steht daher Versuchen, die Medien zu zensieren oder das Kulturgut Sprache nach staatlich verordneten Geschlechterkriterien zu reglementieren, ablehnend gegenüber.</p>	<p>Es gibt keine geschlechtsneutrale Politik, daher ist eine genderbewusste Herangehensweise in allen Politikbereichen die Voraussetzung zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir wollen deshalb:</p> <p>1. Alle politischen Gesetze, Maßnahmen und Projekte sollen auf ihre Auswirkungen für die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern untersucht werden. Bei allen Gesetzen und Projekten muss darauf geachtet werden, die Gleichstellung von Frauen und Männern voran zu bringen (gender mainstreaming).</p>		
	<p>2. Dies gilt auch für das Budget des Staates. Durch gender budgeting wird die Budgetpolitik durch die Geschlechterperspektive erweitert. Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Budgetmittel können aufgedeckt werden. Es gibt keine geschlechtsneutrale Politik, daher ist eine genderbewusste Herangehensweise in allen Politikbereichen die Voraussetzung zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir wollen deshalb:</p> <p>1. Alle politischen Gesetze, Maßnahmen und Projekte sollen auf ihre Auswirkungen für die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männern untersucht werden. Bei allen Gesetzen und Projekten muss darauf geachtet werden, die Gleichstellung von Frauen und Männern voran zu bringen (gender mainstreaming). Ausserdem kann Transparenz darüber geschaffen werden, was in Richtung Geschlechtergerechtigkeit getan wurde.</p>		

Partei	CSV	LSAP	DP	GRENG
<b>Arbeit, Absicherung, Soziales</b>				
<b>Arbeit</b>	<p>die Lohnunterschiede abschaffen.</p> <p>Die Umsetzung des Prinzips der Chancengleichheit zwischen Frau und Mann sowie die Auswirkung auf Berufs- und Familienleben sollen konstant bei jeder Reform im Öffentlichen Dienst beachtet werden.</p>	<p>Die LSAP will mit Nachdruck für Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern eintreten. Dass Frauen für die gleiche Arbeit bei gleicher Qualifikation weniger Lohn beziehen, ist für die Sozialisten nicht hinnehmbar. Die LSAP befürwortet u.a. die Einführung von Kollektivverträgen in jenen Wirtschaftszweigen, die vorrangig Frauen beschäftigen und niedrige Löhne zahlen. Gleichzeitig setzt sich die LSAP für eine Aufwertung jener Berufslaufbahnen ein, die mehrheitlich von Frauen gewählt werden. Die Gesundheits- und Sozialberufler haben mit ihren Verbänden des öfteren fehlende Gerechtigkeit bei den Löhnen angemahnt. Dabei sind gerade diese „typischen“ Frauenberufe für die Gesellschaft von zentraler Bedeutung.</p> <p>Darüber hinaus unterstützen die Sozialisten den Vorschlag des Nationalen Frauenrats, für alle Kollektivverträge im Privatsektor einen Chancengleichheitsplan vorzusehen. Ein ähnliches Gleichstellungsmodell sollte auch für den öffentlichen Dienst zurückbehalten werden. Die LSAP lehnt das nach wie vor bestehende Lohngefälle zwischen Frauen und Männern ab. Bei gleicher Qualifikation und beruflicher Verantwortung dürfen weibliche Arbeitnehmer gegenüber männlichen Kollegen nicht weiter benachteiligt werden. Die Sozialisten werden sich mit Nachdruck für Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern einsetzen.</p>	<p><b>Konkrete Maßnahmen, um Mann und Frau wirklich gleichzustellen.</b> Noch immer verdienen Frauen für gleiche Arbeit rund 20 Prozent weniger als Männer. Um diese Ungleichheiten abzubauen wird die DP eine aktive und konsequente Chancengleichheitspolitik betreiben. Die DP möchte ihre Gleichstellungspolitik besonders dort ansetzen, wo es heute konkrete Hindernisse gibt, die eine ganze Reihe Ungerechtigkeiten zur Folge haben. Diese Ungerechtigkeiten bestehen besonders beim Zugang der Frauen zur Erwerbstätigkeit, bei der Entwicklung ihrer Arbeitskarrieren, bei der Entwicklung ihrer Löhne und bei der politischen Partizipation. Weitere Ungerechtigkeiten entstehen vor allem dadurch, dass Frauen sehr oft ihre Erwerbstätigkeit wegen Kinder unterbrechen, kürzen oder gar ganz beenden. Ursache hiervon ist vor allem der große Mangel an Betreuungsstrukturen für Kleinkinder bzw. schulpflichtige Kindern. Die DP wird in den kommenden fünf Jahren, die Betreuungsstrukturen flächendeckend in allen Gemeinden schaffen, die Preise der Betreuungsstrukturen senken und sie ab 2014 gratis anbieten. Außerdem wird die DP den Elternurlaub reformieren, so dass er für Männer und Mittelverdiener deutlich interessanter wird.</p>	<p>sich dafür einsetzen, dass die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen bei gleichwertiger Arbeit aufgehoben werden;</p> <p>- das Phänomen des „glass ceiling“ bekämpfen, das Frauen daran hindert in gleichem Maße wie ihre männlichen Kollegen in die Führungsstagen aufzusteigen;</p>
<b>Work-life balance</b>	<p>Wenn wir mehr Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren wollen, müssen wir auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen.</p> <p>Wir wollen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- flexible Arbeitszeitmodelle sowohl für Mütter wie Väter, die im Rahmen der Sozialpartnerschaft ausgehandelt werden müssen.</li> <li>- die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.</li> <li>- die gezielte Förderung der Telearbeit.</li> <li>- den Ausbau der Krippen und der „Maisons Relais“ (weitere 15 000 Plätze in den kommenden Jahren). Gleiches gilt übrigens im Bereich der Betreuungsangebote für pflegebedürftige und ältere Mitmenschen. ein flächendeckendes Angebot einer freiwilligen Ganztagsbetreuung, besonders auch in Ferienzeiten.</li> <li>- die Förderung von Teilzeitarbeitsmodellen.</li> <li>- den Elternurlaub („congé parental“) flexibler gestalten.</li> <li>- eine Abstimmung der Sachleistungen („chèques service“) und der Geldleistungen (Elternurlaubsgeld und Erziehungszulage), mit dem Ziel, ein flexibles Leistungsangebot für Eltern zu schaffen.</li> <li>- die Bündelung der verschiedenen Geldleistungen in einem Erziehungsgeld als finanzieller Ausgleich für zeitliche Unterbrechungen oder Teilreduzierung des Berufslebens. Mit dem Erziehungsgeld soll ein Anspruch auf Rentenversicherungsbeiträge verbunden sein.</li> </ul> <p>Die gesetzliche Einführung von Lebensarbeitszeitkonten, der Abbau von Hindernissen für ältere Arbeitnehmer, die länger arbeiten möchten, die allgemeine Einführung des „télétravail“, den dazu zählenden Ausführungsbestimmungen verankert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- dafür sorgen, dass der Elternteil der seine Berufstätigkeit ganz oder teilweise aufgibt, um sich der Erziehung der Kinder und Pflege der Eltern zu widmen, durch eigene Rentenansprüche sozial abgesichert wird.</li> <li>- das System der neu eingeführten Dienstleistungsschecks ausbauen und flexibler gestalten, insbesondere durch die Erweiterung der angebotenen Dienstleistungen.</li> <li>- eine Konzentration der Familienleistung um den Elternurlaub für Familien in denen beide Elternteile berufstätig sind, beziehungsweise die Erziehungszulage, wenn ein Elternteil auf Zeit oder dauerhaft aus dem Berufsleben ausscheidet.</li> <li>- flexible Arbeitszeitmodelle sowohl für Mütter wie auch für Väter, die im Rahmen der Sozialpartnerschaft ausgehandelt werden müssen.</li> <li>- die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.</li> <li>- die gezielte Förderung der Telearbeit.</li> <li>- den Ausbau der Krippen und „Maisons Relais“ (um weitere 15.000 Plätze in den kommenden Jahren). Die „Maisons Relais“ übernehmen eine vielfältige informelle Bildungsaufgabe, die das erzieherische Angebot von Familie und Schule in spezifischer Art ergänzt. Die „Maisons Relais“ sind dem Prinzip einer familiengerechten Aufnahme flexibility verpflichtet.</li> <li>- die quantitative und qualitative Anpassung der Betreuungsangebote für pflegebedürftige Mitmenschen, wobei den sich wandelnden Bedürfnissen und Ansprüchen der Betroffenen Rechnung zu tragen ist.</li> <li>- ein flächendeckendes Angebot einer freiwilligen Ganztagsbetreuung, besonders auch in Ferienzeiten.</li> <li>- die Förderung von Teilzeitarbeitsmodellen.</li> <li>- den „congé parental“ flexibler gestalten.</li> </ul>	<p>Beschäftigung muss sich für die Betroffenen lohnen, sonst werden sie nach anderen Wegen und Lösungen suchen. Deshalb tritt die LSAP konsequent für angemessene Löhne, flexible Arbeitsbedingungen - darunter ein allgemeines Recht auf Teilzeitarbeit - und eine auf die wahren Bedürfnisse der Beschäftigten zugeschnittene Kinderbetreuung ein.</p> <p>Die Sozialisten treten für eine Verlängerung des Spezialurlaubs für Väter bei der Geburt ihrer Kinder ein und wollen darüber hinaus den Sonderurlaub für Eltern zur Betreuung ihrer kranken Kinder ausweiten. Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, Familie und Beruf besser in Einklang zu bringen und Eltern die nötige Flexibilität geben, um ihre Kinder in Ausnahmefällen besser betreuen zu können.</p>	<p>Elternurlaub reformieren und attraktiver gestalten a) für Familien mit mittlerem und höherem Einkommen und b) für Väter. Wir werden den Elternurlaub so reformieren, dass er für Familien mit mittlerem und höherem Einkommen finanziell attraktiver wird, einen Karriereknick verhindert und eine aktive Vaterschaft unterstützt. Deshalb werden wir die Möglichkeit eines kürzeren Elternurlaubs bei höherem monatlichem Ersatzlohn bzw. die Möglichkeit, den zweiten Elternurlaub zeitlich aufzuteilen, anbieten.</p> <p>Reform des Elternurlaubs: Eltern werden nach wie vor den Elternurlaub in seiner bestehenden Form beantragen können, (1778,31 EUR während sechs Monaten ganztags oder 889,16 EUR während zwölf Monaten halbtags)</p> <p>Neu wird sein, dass Eltern zudem die Möglichkeit erhalten, einen kürzeren Elternurlaub von nur drei Monaten (ganztags) bzw. sechs Monaten halbtags zu beantragen. Der monatliche Ersatzlohn orientiert sich dabei am Lohn des Antragstellers. Die maximale finanzielle Unterstützung darf den Betrag von 3556,62 EUR pro Monat nicht übersteigen.</p> <p>Wir werden für den zweiten Elternurlaub den Arbeitnehmern die Möglichkeit anbieten, den Elternurlaub im Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeber während einer gewissen Zeit zu fragmentieren, d.h. zeitlich aufzuteilen. Vor allem Männer können dann besser durch eine Arbeitszeitverringerung (pro Woche, Monat oder Jahr) eine aktive Vaterschaft ausleben.</p> <p>Außerdem wird die DP den Elternurlaub reformieren, so dass er für Männer und Mittelverdiener deutlich interessanter wird.</p>	<p>Frauen und Männern müssen gleiche Chancen haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren und beruflich weiter zu kommen.</p> <p>dél gréng werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- eine kostenlose, flächendeckende, qualitativ hochwertige und zeitlich flexible Kinderbetreuung vom Baby- bis zum Teenageralter einführen;</li> <li>- Lebensarbeitszeitkonten einführen, die es den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, ihre Arbeitszeit an die jeweiligen Lebens- und Familienumstände anzupassen, ohne dabei Rentenansprüche einzubüßen.</li> <li>- eine gerechte Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit zwischen beiden Partnern unterstützen, z.B. durch Förderung der Teilzeitarbeit für Frauen und Männer und einer Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragen, die schon in der Schule ansetzt;</li> <li>- den „Elternurlaub“ für Väter und Mütter flexibler gestalten, damit er zu einer wirksamen Familienmaßnahme wird, die einerseits den Herausforderungen der Eltern nachkommt, andererseits auch im Einklang mit den Anforderungen des Arbeitgebers bleibt;</li> <li>- den Anspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern kleiner Kinder verallgemeinern.</li> </ul>

ADR	LENK	KPL	Jaerling
<b>Arbeit, Absicherung, Soziales</b>			
<p>Die ADR ist dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ganz selbstverständlich verpflichtet. Es darf keine Lohndiskriminierung bei gleicher Arbeit geben!</p> <p>Sollte der Staat aus wirklich berechtigten Gründen der Auffassung sein, dass sich in einem bestimmten Beruf mehr Frauen oder mehr Männer engagieren sollten, so könnte er versuchen, dies zum Beispiel über eine Veränderung des Berufsprofils oder eine Anpassung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Quoten oder ähnliche, von oben herab verordnete und gleichzeitig ungerechte Maßnahmen sind dabei sicherlich der falsche Weg.</p> <p>Die Einstellungsbedingungen der Frauen im öffentlichen und im privaten Sektor sollten vergleichbar sein. Ein arbeits- und sozialrechtliches Ungleichgewicht zwischen den Frauen die im öffentlichen Sektor arbeiten und denen die privatwirtschaftlich tätig sind, verursacht Verzerrungen auf dem Arbeitsmarkt die nicht im gesamtwirtschaftlichen Interesse liegen.</p>	<p>Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ist die kohärente Antwort auf die wachsende Produktivität – wenn sie nicht zu massiver Arbeitslosigkeit führen soll. Sie drängt sich aber auch auf aus Gründen der Lebensgestaltung: höhere Zeitsouveränität, gerechtere Verteilung von Lasten und Chancen für Frauen und Männer, Verbindung von Berufstätigkeit mit Kindererziehung, Weiterbildung und Teilnahme am öffentlichen Leben.</p> <p>Zur Förderung der Gleichstellung der Frauen im Beruf wollen wir:</p> <p>7. Ausbau der Fort- und Weiterbildungskurse zur Umschulung und zum Wiedereinstieg in den Beruf für Berufsrückkehrerinnen</p> <p>8. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit</p> <p>9. Obligatorische Gleichstellungspläne in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Sektor</p> <p>10. Neubewertung und -klassifizierung der Berufe und Funktionen und entsprechende Neubewertung der Gehältereinstufungen</p>		
<p>Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine sehr wichtige Grundbedingung um vielen Menschen den Kontakt zur Arbeitswelt nicht zu versperren. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Teilzeitarbeit oder die Arbeit vom Wohnort aus, sind Modelle die von modernen, familienfreundlichen Betrieben eingeführt werden könnten. Auch sollten die Betriebe dazu ermuntert werden, Kinderbetreuungsstrukturen einzurichten.</p> <p>Der Elternurlaub wird reformiert um die strenge Halbierung der Gesamtzeit zwischen Vater und Mutter aufzuheben. Die ADR geht grundsätzlich davon aus, dass der Staat sich nicht in Fragen privater Natur oder in die Autonomie der Familien einzumischen hat. So ist auch die Aufteilung der Erziehungsarbeit unter den Eltern eine private Angelegenheit die nicht in den Zuständigkeitsbereich des Staates fällt. Die ADR vertritt seit jeher das Recht der Familien, selbst frei zu entscheiden, wie sie sich organisieren wollen und wie sie anfallende Arbeiten unter den Familienmitgliedern aufteilen möchten. Allerdings muss kleinen und Kleinstfirmen der durch den Elternurlaub entstehende Verlust (Einarbeitung neuer Arbeitnehmer zur zeitlich begrenzten Ersetzung der abwesenden Arbeitnehmer) gerecht ersetzt werden.</p> <p>Der „congé pour raisons familiales“ wird reformiert um es stets beiden Elternteilen zu erlauben sich um ihre kranken Kinder zu kümmern. Auch werden die Bestimmungen im Interesse der schwer kranken oder behinderten Kinder, sowie der verunglückten Kinder oder der Opfer von Gewalt großzügiger gestaltet.</p> <p>Außerhäuslich berufstätigen Eltern fehlt es manchmal mehr an Zeit als an Geld. Deshalb will die ADR den „Congé pour raisons familiales“ nach Möglichkeit an die Zahl der schulpflichtigen Kinder anpassen. So wird es berufstätigen Eltern ohne Diskriminierung erleichtert, familiären Verpflichtungen nachzukommen (z.B.: Betreuung von kranken oder verletzten Kindern, Arztbesuch mit dem Kind, Schulorientierungsgespräche usw.)</p> <p>Die ADR ist der Ansicht, dass der Staat dafür Sorge tragen muss, dass das familienpolitische Umfeld stimmt und dass ausreichend familienfreundliche Infrastrukturen zur Verfügung stehen. Ein besonders wichtiger Aspekt ist hierbei, dass die Arbeitswelt so zu organisieren ist, dass Elternschaft und Erziehungsarbeit mit der Erwerbstätigkeit vereinbar sind. Auch die schwierigen Lebensumstände allein erziehender Personen verdienen besonders berücksichtigt zu werden. Unternehmen sollen zu familienfreundlichem Verhalten angehalten werden und eigene oder auch betriebsübergreifende Kindertagesstätten anbieten. Solche Einrichtungen werden steuerlich begünstigt. Im Rahmen des Möglichen sind auch flexible Arbeitszeiten zu fördern, um den Bedürfnissen der Eltern entgegen zu kommen.</p>	<p>Um der Doppelbelastung vieler Frauen entgegen zu wirken, bedarf es eines Mentalitätswandels und struktureller Verbesserungen. In Luxemburg gibt es nicht genügend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Männer müssen mehr Pflichten in Haushalt und Kindererziehung übernehmen.</p> <p>Zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der partnerschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern fordern wir:</p> <p>3. Erziehung von Jungen und Mädchen in Richtung Partnerschaft und Gleichberechtigung, auch in den Schulen und bei der Berufsorientierung, durch Unterstützung von diesbezüglichen Projekten und durch entsprechende Schulprogramme. Die Berufsorientierung muss der geschlechterspezifischen Berufswahl entgegenwirken.</p> <p>4. Gesetzliche Möglichkeiten der Arbeitszeitreduzierung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben für beide Eltern zu erleichtern.</p> <p>6. Verlängerung des Urlaubs für Männer bei der Geburt ihres Kindes</p>		<p>Mer setzen eis an fir Sozialgerechtheit a Chancegläichheet an alle Beräicher !</p> <p>Mer setzen eis an fir eng Opwertung vun der Famill an fir gläich Rechte fir all Fra !</p>

Partei	CSV	LSAP	DP	GRENG
<b>Berufstückerinnen</b>		Daneben will die LSAP Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben durch individualisierte Fortbildungsmaßnahmen, Coaching und finanzielle Anreizsysteme für kooperative Arbeitgeber fördern.		konkrete Wiedereinstiegs- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten, sowie speziell auf die Bedürfnisse von Frauen und Männern zugeschnittene Beratungs- und Informationsangebote konzipieren. Die kommunalen Gleichstellungsdienste werden dabei eine wesentliche Rolle übernehmen.
<b>Sozialversicherung</b>	<p>Jeder sollte die Möglichkeit haben, eine eigene Rente zu beanspruchen. Besonders Frauen, die ihren Beruf aufgegeben haben um sich der Erziehung ihrer Kinder, ihrer Familie oder der Pflege von Familienangehörigen zu widmen, haben oft nur Anrecht auf eine niedrige Rente oder besitzen keine eigenen Rentenansprüche. Um Unterbrechungen im Versicherungsverlauf zu verhindern will die CSV- die Möglichkeiten von freiwilliger Versicherung und Rückkauf von Versicherungszeiten unterstützen; - die verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen bei Kindererziehung und Pflege (Elternurlaub, Erziehungszuschlag, Baby-Jahre, Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten) aufeinander abstimmen, - der Ehevertrag wird künftig vorsorgende Maßnahmen vorsehen.</p> <p>- mittelfristig erreichen, dass jeder Ehepartner während der Dauer der Ehe vollumfänglich sozialversichert bleibt, indem Beiträge auch zugunsten jenes Partners verbucht werden, der sich gegebenenfalls aus dem Arbeitsprozess zurückzieht.</p>		<p>Rentensplitting wird eingeführt. Das Prinzip des Rentensplittings wird für Männer und Fraueneingeführt. So werden künftig Ehepaare zwischen der Hinterbliebenenrente und dem Rentensplitting wählen können. Sollten Frauen oder Männer bei einer vollen Rentenkariere trotzdem unter das Niveau einer Mindestrente fallen, wird ihre Rente aufgestockt.</p>	<p>déi gréng werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- einen eigenständigen, individuellen Rentenanspruch für jeden Menschen einführen. Dieses Modell kommt insbesondere Frauen zugute, da nach wie vor viele von ihnen (aber auch zunehmend Männer) nur zeitweise berufstätig sind oder waren und daher keine ausreichenden eigenen Pensionsrechte aufgebaut haben.</li> <li>- auf die Einführung einer obligatorischen Rentenversicherung für jeden hinarbeiten und kurzfristig das sozialrechtlich verankerte „Splitting“ der Rentenrechte verwirklichen, um Härtefälle zu vermeiden.</li> <li>- einen eigenständigen Rentenanspruch für alle Frauen und Männer einführen. Dies bedeutet, dass z.B. auch bei einer beruflichen Auszeit ein obligatorischer Mindestbeitrag in die Rentenkasse gezahlt wird.</li> </ul>
<b>Besteuerung</b>		Darüber hinaus empfiehlt die LSAP eine gleichmäßige Verteilung der Steuerlast; sie sollte unabhängig vom Familienstand erfolgen.	Individualisierung des Steuersystems. Das bestehende Steuersystem fördert die Eheschließung. Sogar 40.000 Paare, die keine Kinder (mehr) zur Last haben, werden über diesen Weg steuerlich begünstigt. Paare, die nicht in einer Ehe zusammenleben, werden hingegen steuerlich diskriminiert. Die DP wird das Steuersystem deshalb individualisieren. Das heißt Männer und Frauen, ob sie in einer Ehe zusammenleben oder nicht, werden gleich besteuert. Diese Reform wird gekoppelt an eine Steuersenkung.	
<b>Gesundheit</b>		Auch das Geschlecht kann wesentlichen Einfluss auf den Gesundheits- bzw. Krankheitsverlauf haben. Deshalb fordert die LSAP eine geschlechterspezifische Gesundheits- und Präventionspolitik, die die gesundheitlichen Bedürfnisse, Ressourcen und Risiken von Frauen und Männern systematisch erfasst und berücksichtigt.		
<b>Armut</b>		Statistisch gesehen sind Frauen einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt als Männer. Chancengleichheit darf vor der Geschlechterebene nicht Halt machen. Nach wie vor werden Frauen im Durchschnitt für ihre Arbeit LSAP mit Nachdruck begeben. Die Lohnbedingungen und Aufstiegschancen für weibliches Geschlecht entlohnt als Männer. Diesen Mangel will die Arbeitnehmer müssen unbedingt jenen der Männer angepasst werden. Darüber hinaus empfiehlt die LSAP eine gleichmäßige Verteilung der Steuerlast; sie sollte unabhängig vom Familienstand erfolgen.		
<b>Entwicklungszusammenarbeit</b>				Déi Gréng wollen - die Gleichberechtigung fördern und Frauen gezielter unterstützen: Frauen spielen eine zentrale Rolle in der grünen Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen ihre traditionellen Aufgaben (Feldarbeit, Kindererziehung, Führung des Haushalts, usw.) erleichtern sowie ihre soziale und politische Rolle stärken. Luxemburg wird sich für die Wahrung von Frauenrechten einsetzen, wie z.B. Gleichberechtigung beim Zugang zu Schulbildung oder bei den Land- und Eigentumsrechten.

ADR	LENK	KPL	Jaerling
<p>Die ADR wird erziehenden Erwachsenen den Wiedereinstieg in das außerhäusliche Berufsleben vereinfachen. Sie wird gezielt Ausbildungswege für Erwachsene anbieten, die nach einer Kindererziehungszeit wieder in einen früheren oder einen neuen Beruf einsteigen wollen.</p>	<p>Ausbau der Fort- und Weiterbildungskurse zur Umschulung und zum Wiedereinstieg in den Beruf für Berufsrückkehrerinnen</p>		
<p>Im Gegensatz zu seinen vergangenen Wahlprogrammen spricht die ADR sich gegen das Rentensplitting aus. Verschiedene Gutachten und Berechnungen haben ergeben, dass das Rentensplitting neue Ungerechtigkeiten und neue Hungerrenten hervorbringen würde.</p> <p>Die ADR wird sich deshalb in der nächsten Legislaturperiode intensiv dafür einsetzen, dass die seit Jahren von ihr geforderte Erziehungsrente durchgesetzt wird. Dies, indem wir die Arbeit von Hausfrauen oder -männern zusätzlich anerkennen, und ihnen den verdienten Stellenwert in unserer Gesellschaft wieder zukommen lassen, z.B. durch die Anrechnung der Erziehungsjahre bis zum Alter von 12 Jahren des zu erziehenden Kindes bei der Pensionsberechnung. Diese Pensionsbeiträge werden über den Staatshaushalt in der Höhe des qualifizierten Mindestlohnes gezahlt.</p> <p>Die ADR fordert mit Nachdruck, dass die ab 1. März 2009 eingeführten „Chèques services“ ebenfalls den Elternteilen zugute kommen, welche zu Hause die Kindererziehung selber übernehmen. Mit dem Betrag der „Chèques services“ muss es dem zuhause bleibenden Elternteil ermöglicht werden, zusätzliche Beiträge in die Rentenkasse einzuzahlen.</p> <p>Außerdem müssen über eine schnelle Korrektur die Folgen früherer, gesetzlich verankerter Ungleichbehandlungen der Frauen ausgeglichen werden: dort wo Frauen für gleiche Arbeit einen niedrigeren Mindestlohn als Männer bekamen (bis 1963 war dies noch der Fall), müssen die Pensionsansprüche der Frauen an diejenigen der Männer angepasst werden. Wo es Berufsverbote gab (zum Beispiel im Fall einer Heirat), müssen eigene Pensionsansprüche auf der Basis des Mindestlohns errechnet werden; Ausweitung der „Baby-Jahre“ auf Kinder die vor 1988 geboren wurden.</p> <p>Die ADR wird auch dafür sorgen, dass das aktuelle und bewährte System der Witwenrente bestehen bleibt.</p>	<p>Eigenständiger Pensionsanspruch für jeden Menschen, um der Altersarmut, etwa nach einer Scheidung, sowie der Abhängigkeit vom Partner oder der Partnerin entgegen zu wirken. Wir sind für Übergangsbestimmungen für die Personen, die nicht berufstätig waren.</p> <p>6. Wir treten ein für eine eigenständige soziale Absicherung für jede(n) (Individualisierung der Rechte) durch obligatorische Weiterversicherung des/der nichtberufstätigen Partners/in, in gewissen Fällen durch den Staat finanziert, sowie durch Splitting der Pensionsrechte, damit später keine Abhängigkeiten vom Partner oder der Partnerin oder vom Fonds de Solidarité bestehen. Kindererziehungsjahre sollen dabei als versicherte Jahre angerechnet werden. Individualisierung darf aber nicht als Vorwand gebraucht werden, um abgeleitete Rechte abzuschaffen; es darf auf keinen Fall zu Verschlechterungen bei der sozialen Absicherung kommen.</p>		
<p>Individuelle Besteuerung der Personen: Schluss mit dem "Kumul!" das heißt Schluss mit der Doppelbesteuerung von Mann und Frau und den ungerechten und komplizierten Steuerklassen. Eine Individualbesteuerung bedeutet, dass es in Zukunft nur mehr eine Steuerklasse gibt. Bei Haushalten die aus 2 Personen bestehen, wovon eine nicht erwerbstätig ist, wird das einzige Einkommen rein technisch zwecks Individualbesteuerung halbiert.</p>		<p>– die Abschaffung der steuerlichen Diskriminierung der Alleinerziehenden, Geschiedenen, Junggesellen und Verwitweten; – die Abschaffung der ungerechten »Doppelbesteuerung« und die Einführung der individuellen Besteuerung berufstätiger Ehepaare und anderer Lebensgemeinschaften (zum Beispiel Pax);</p>	

Partei	CSV	LSAP	DP	GRENG
<b>Partnerschaft, Familie, Sexualität</b>				
<b>Familie</b>	<p>die soziale Aufwertung des familiären Engagements, gezielte Motivierung von Jungen und Männern für familiäre Aufgaben.</p> <p>Maßnahmen, die es Müttern erlauben, ihre Kinder bis zu einem Jahr zu stillen unterstützen.</p>	<p>Kurse zur Vorbereitung von Geburt und Elternschaft sollen verstärkt in Anspruch genommen werden können. Deshalb wollen die Sozialisten ein einheitliches Modell für ein flächendeckendes, kostenloses Kursangebot schaffen. Auch die Hebammenbetreuung vor und nach der Geburt soll umfassender von der Gesundheitskasse rückerstattet werden.</p> <p>Die Sozialisten treten außerdem für eine humane Geburtshilfe ein und werden den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation und der Charta der Rechte der Gebärenden bei der Umsetzung von nationalen Gesundheitsplänen Rechnung tragen. Darüber hinaus werden die Sozialisten den nationalen Plan zur Förderung des Stillens umsetzen und die notwendigen Mittel hierfür bereitstellen.</p>	<p><b>Wir werden ein „Familiencenter“ schaffen, als zentrale Beratungsstelle für Familien.</b> Die DP wird den Familien zentral Informationen über die vielen Finanzierungs-, Vermittlungs-, Betreuungs- und Beratungsangebote (Kindergeldkasse, Vermittlung von Kinderbetreuungsstrukturen, Tagesmütter, Familienberatung, Familientherapie, Schwangerschaftsbegleitung, Erziehungsberatung,...), in einem "Familiencenter" anbieten bzw. sie an die entsprechenden Trägergesellschaften weitervermitteln.</p> <p>Kosten für Geburtsvorbereitungskurse zurückerstatten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass künftig ein Teil der Kosten für Geburtsvorbereitungskurse von der Krankenkasse zurückerstattet wird. Solche Kurse werden von mehreren Entbindungshäusern angeboten, um schwangere Frauen und künftige Väter auf optimale Art und Weise auf die Entbindung vorzubereiten. Allen künftigen Familien muss es ermöglicht werden, an diesen Vorbereitungskursen teilzunehmen und auch von Ratschlägen profitieren zu können (Stillen, wickeln, Baby kennenlernen, erste Hilfe, angemessenes Mobiliar für das Kind, ...).</p>	<p>Auch wenn in Luxemburg die Frauenerwerbsquote noch weit unter jener der nordischen oder angelsächsischen Länder liegt, so steigt sie doch kontinuierlich an. In sehr naher Zukunft wird es auch hierzulande selbstverständlich sein, dass alle Frauen und Männer berufstätig sind. Diese Tatsache bedingt eine Reorganisation des Zusammenlebens, um Beruf, Familie und Kindererziehung auf einen Nenner zu bringen und um Kindererziehung und Zusammenleben nicht zu kurz kommen zu lassen. Hier muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und staatliche oder kommunale Rahmenbedingungen schaffen, die eine moderne Familienpolitik unterstützen.</p>
<b>Erziehung, Schule und Forschung</b>	<p>Wir wollen in diesem Sinne - eine gezielte Förderung von Mädchen und Frauen für männertypische Ausbildungen, Berufen und Karrieren, u.a. im Rahmen des „Girl's and Boy's Day“.</p> <p>Die Erweiterung der strukturellen Betreuungsmöglichkeiten und eine systematische Verbindung der Schule mit den bestehenden Betreuungsangeboten, die weitgehend auf dem Prinzip der freiwilligen Inanspruchnahme fußt.</p>	<p>Der Grundstein für die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern wird in der Erziehung gelegt. Der öffentlichen Schule kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Deshalb wollen die Sozialisten die Geschlechterperspektive in den Schulplänen und Ausbildungsprogrammen der Lehrer verankern. Geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen müssen dabei kritisch hinterfragt und aufgearbeitet werden. Jungen und Mädchen sollen lernen, sich als gleichberechtigte Partner in der Solidargemeinschaft „Schule“ wahrzunehmen. Nur so kann langfristig sichergestellt werden, dass Gleichberechtigung auch später im Beruf und in der Familie zur gelebten Praxis wird.</p>	<p>Ab 2014 wird die Kinderbetreuung für alle Familien gratis sein. Die DP will das Prinzip der Chancengerechtigkeit zwischen Mann und Frau bzw. der Chancengerechtigkeit der Kinder innerhalb der öffentlichen Schule durch diese Maßnahme gewährleisten.</p> <p>Wir werden deshalb die sexuelle Aufklärung der Kinder besonders in unseren Schulen verbessern.</p>	<p>eine gerechte Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit zwischen beiden Partnern unterstützen, z.B. durch Förderung der Teilzeitarbeit für Frauen und Männer und einer Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragen, die schon in der Schule ansetzt;</p> <p>-im Rahmen der schulischen Berufsorientierung atypische Berufsbilder verstärkt berücksichtigen, um damit das traditionelle Rollenverständnis zu überwinden und sowohl Mädchen wie Jungen neue berufliche Perspektiven anzubieten;</p> <p>beim Aus- und Neubau der Universitäts-Infrastrukturen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Rechnung tragen und die nötigen universitätseigenen Strukturen schaffen;</p>
<b>Kinderbetreuung</b>	<p>das System der neu eingeführten Dienstleistungschecks ausbauen und flexibler gestalten, insbesondere durch die Erweiterung der angebotenen Dienstleistungen.</p> <p>- eine Konzentration der Familienleistung um den Elternurlaub für Familien in denen beide Elternteile berufstätig sind, beziehungsweise die Erziehungszulage, wenn ein Elternteil auf Zeit oder dauerhaft aus dem Berufsleben ausscheidet.</p> <p>den Ausbau der Krippen und „Maisons Relais“ (um weitere 15.000 Plätze in den kommenden Jahren). Die „Maisons Relais“ übernehmen eine vielfältige informelle Bildungsaufgabe, die das erzieherische Angebot von Familie und Schule in spezifischer Art ergänzt. Die „Maisons Relais“ sind dem Prinzip einer familiengerechten Aufnahmeflexibilität verpflichtet.</p> <p>- ein flächendeckendes Angebot einer freiwilligen Ganztagsbetreuung, besonders auch in Ferienzeiten.</p>	<p>Hinzu kommen familienbedingte Unterbrechungen von Berufslaufbahnen. Beschäftigung muss sich für die Betroffenen lohnen, sonst werden sie nach anderen Wegen und Lösungen suchen. Deshalb tritt die LSAP konsequent für angemessene Löhne, flexible Arbeitsbedingungen - darunter ein allgemeines Recht auf Teilzeitarbeit - und eine auf die wahren Bedürfnisse der Beschäftigten zugeschnittene Kinderbetreuung ein. Neben der öffentlichen Hand sind in diesem Kontext auch Unternehmen gefordert. Die Sozialisten wollen deshalb die Schaffung von betriebsinternen Kinderkrippen fördern, die sich eng an die pädagogischen Vorgaben für öffentlich-rechtliche Betreuungseinrichtungen anlehnen sollen. Ein Investitionszuschuss bleibt aus sozialistischer Sicht ein geeigneter Anreiz zur Förderung von Kindertagesstätten in Unternehmen.</p>	<p>Die DP wird in den kommenden fünf Jahren, die Betreuungsstrukturen flächendeckend in allen Gemeinden schaffen, die Preise der Betreuungsstrukturen senken und sie ab 2014 gratis anbieten. Diese Strukturen schaffen die Voraussetzung für die freie Lebensentfaltung von Frauen und Männern, verbessern erheblich den Zugang der Frauen zur Erwerbstätigkeit, die gleiche Entwicklung von Arbeitskarrieren und Löhnen und werden dadurch auch zu einem Mentalitätswechsel der Unternehmen bzw. Personalchefs führen. Gratis Betreuungsstrukturen werden nach Auffassung der DP die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau konkret und deutlich verbessern.</p> <p>Anstatt ein kompliziertes und ungerechtes System wie die "chèques services" fortzuführen, wird die DP die Preise in den öffentlichen Betreuungseinrichtungen in den kommenden fünf Jahren Jahr für Jahr um jeweils 20 % senken.</p> <p>Gratis Kinderbetreuung finanziert sich quasi von selbst. Die DP geht davon aus, dass die gratis Kinderbetreuung dazu führt, dass wesentlich mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen werden. Mehr erwerbstätige Frauen bedeutet mehr Lohnsteuereinnahmen, mehr Sozialbeiträge (Krankenkasse, Pflegeversicherung, Renten) bzw. eine geringere Belastung der Sozialkassen durch weniger Mitversicherte.</p> <p>Gleichzeitig wird die DP flächendeckend in allen Gemeinden des Landes bis 2014 die nötigen Betreuungsplätze schaffen. Dies wird die im Rahmen des Konzeptes der öffentlichen Schule angestrebte Chancengerechtigkeit wieder herstellen. Zudem wird ein zusätzlicher Anreiz besonders für Frauen geschaffen, berufstätig zu werden bzw. zu bleiben.</p>	<p>Zudem muss das Netz einer hochqualitativen öffentlichen Kinderbetreuung ausgebaut werden. Wir streben mittelfristig eine flächendeckende und unentgeltliche öffentliche Kinderbetreuung für alle an.</p> <p>déi gréng werden:</p> <p>- eine hochwertige und kostenlose öffentliche Kinderbetreuung schaffen;</p> <p>- in der Familienpolitik die Geldleistungslogik reduzieren und stattdessen eine Dienstleistungslogik fördern.</p>

ADR	LENK	KPL	Jaerling
Partnerschaft, Familie, Sexualität			
<p>Wie im Kapitel „Familienpolitik“ bereits eingehend dargestellt, fördert die ADR die Familien und unterstützt daher auch in besonderem Maße diejenigen Eltern, die sich dazu entschließen, sich ganz oder teilweise der Kindererziehung zu widmen, statt einem außerhäuslichen Beruf nachzugehen. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die ADR eine politische Priorität. Der Respekt vor der Privatsphäre ist unbedingt zu garantieren. So ist es auch keine Angelegenheit des Staates, zu entscheiden, wer in der Familie welche Aufgaben übernimmt. Für die ADR genießt die Familie einen besonderen Schutz, nicht nur durch den Staat, sondern auch vor dem Staat.</p> <p>Die gesetzlichen Bestimmungen, um die Entfremdung von Kindern von einem Elternteil durch den anderen Elternteil zu verhindern, werden verschärft (Stichworte sind hier die „non-représentation d’enfant“ sowie die „aliénation parentale“).</p>			
<p>Das Bildungsprogramm an den Schulen darf keine geschlechtsspezifischen Unterschiede aufzeigen. Jedes Kind hat Anspruch auf die gleiche Bildung oder Ausbildung. Die Schulen müssen stets Vater und Mutter gleich behandeln. Beide Eltern haben unbedingt das Recht alle, ihre Kinder betreffende Informationen zu erhalten, insbesondere schulische Ergebnisse sowie Angaben zu gesundheitlichen, disziplinarischen oder sozialen Problemen. Zu allen wichtigen Fragen, zum Beispiel was die schulische Orientierung der Kinder angeht, müssen stets beide Elternteile konsultiert werden.</p> <p>Im Unterrichtsbereich gibt es derzeit einige auffallende, geschlechtsspezifische Besonderheiten. So besteht das Lehrpersonal im Vorschul- und Primärschulunterricht fast ausschließlich aus Frauen. Unter den Schulabrechern befinden sich bedeutend mehr Jungen als Mädchen. Genauso sind von vielen schulischen Problemen derzeit besonders viele Jungen betroffen. Solche auffälligen Entwicklungen sind objektiv und vorurteilslos zu analysieren um es, wenn nötig, dem Staat zu ermöglichen, geeignete Maßnahmen zu treffen.</p> <p>Die Berufsorientierung der jungen Leute sollte im Prinzip geschlechtsneutral erfolgen. Es ist das Recht eines jeden Einzelnen sich frei, selbstverantwortlich und ohne jegliche Bevormundung für einen bestimmten Bildungs- oder Ausbildungsweg zu entscheiden.</p> <p>Die ADR unterstützt grundsätzlich auch die Schaffung von Ganztagschulen in dem Maße, wie eine Nachfrage für diesen Schultypus existiert. Solche Schulen erlauben es vielen Kindern unter besseren Bedingungen zu arbeiten und gleichzeitig ermöglichen sie es vielen Eltern, das Privat- und das Berufsleben besser miteinander in Einklang zu bringen. Gleichzeitig sollte der Grundschulbetrieb so geregelt sein, dass die Schüler nach Möglichkeit und Bedarf zu Hause mit ihren Eltern zu Mittag essen können.</p> <p>Die Schulen müssen stets beide Elternteile, Vater und Mutter, gleich behandeln. Beide Eltern haben unbedingt das Recht, alle, ihre Kinder betreffende Informationen zu erhalten, insbesondere schulische Ergebnisse sowie Angaben zu gesundheitlichen oder sozialen Problemen. Zu allen wichtigen Fragen, zum Beispiel was die schulische oder berufliche Orientierung der Kinder angeht, müssen stets beide Elternteile konsultiert werden. Wann immer möglich, sollten beide Elternteile gleichzeitig an den Elternversammlungen teilnehmen können.</p>	<p>Gender Mainstreaming unterentwickelt. Weder die Ausbildung des Lehrpersonals noch die Lernziele und -inhalte berücksichtigen die Chancengleichheit zwischen Mädchen und Jungen, zwischen Frauen und Männern.</p> <p>6. Gender Mainstreaming muss endlich auf allen Schulebenen umgesetzt werden. Bei der Ausbildung des Lehr- und Erziehungspersonals, bei der Ausarbeitung der Curricula, der Entwicklung der Unterrichtsmethoden, bei der Schul- und Berufsorientierung... Nur so gibt es mehr Chancengleichheit zwischen Mädchen und Jungen, zwischen Frauen und Männern.</p> <p>14. Moderne Sexualerziehung und Verhütungspolitik durch obligatorische sexuelle Aufklärung in allen Schulen.</p>		
<p>Ein anderer wichtiger Aspekt ist auch, dass genügend Ganztagschulen beziehungsweise Kindertagesstätten zur Verfügung stehen und dass deren Öffnungszeiten auch den wahren Bedürfnissen der berufstätigen Eltern angepasst sind.</p> <p>Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein anderer grundlegender Aspekt einer modernen Familienpolitik. Die Menschen sollen sich frei entscheiden können, ohne jede staatliche Einmischung, ob sie einer beruflichen Erwerbstätigkeit nachgehen wollen, oder aber der Erziehung ihrer Kinder den Vorzug geben. Zu diesem Themenkomplex gehören auch Fragen wie zum Beispiel Zahl und Qualität der zur Verfügung stehenden Betreuungsstrukturen. Um die Wahlfreiheit zu garantieren, setzt die ADR sich für ein flächendeckendes Netz an hochwertigen Kinderbetreuungsstrukturen ein. Dazu gehört, neben den Kindertagesstätten, selbstverständlich auch die Möglichkeit, auf Tageseltern zurückzugreifen.</p> <p>Die ADR unterstützt das Recht auf eine frei gewählte Eigenbetreuung der Kinder und möchte diesem auch die notwendige gesellschaftliche und materielle Anerkennung geben. Die ADR will keine Politik, die die Familie dazu drängt, dass beide Elternteile einem Beruf nachgehen und die Kinderbetreuung ganz in die Hände des Staates legt. Sicher müssen beide Eltern auch diese Möglichkeit haben, doch dazu gedrängt werden dürfen sie auf keinen Fall! Die ADR hat sich daher immer dafür eingesetzt, dass elterliche Erziehungsarbeit durch den Staat berücksichtigt und anerkannt werden muss.</p> <p>Die Rolle des erziehenden Partners oder des Alleinerziehers ist moralisch und finanziell mit anderen beruflichen Tätigkeiten gleichzustellen. Die ADR betont somit ihre bisherige Position, die davon ausgeht, dass es die elementare Pflicht des Staates ist, die Familien zu schützen und zu unterstützen.</p> <p>Hierzu schlägt die ADR folgende Sofortmaßnahmen vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>☐ Die staatliche Anerkennung des Berufstitels «erziehender Erwachsener / Parent éducateur» für alle Eltern, inklusive Adoptiveltern, die sich der Betreuung ihrer Kinder vollzeitlich widmen. Diese Berufsbezeichnung muss auf allen offiziellen Dokumenten und in allen Statistiken als notwendige moralische Anerkennung für diesen wichtigen Beruf gleichberechtigt erfasst werden.</li> <li>☐ Die verschiedenen staatlichen Zulagen (Kindergeld / allocations familiales; Erziehungszulage / allocation d’éducation; Kinderbonus, «chèque-service») werden zu einer einzigen Zulage zusammengeführt: dem Betreuungsgeld (allocation parentale). Das Betreuungsgeld wird der Familienzusammensetzung (Anzahl der Kinder, Alter der Kinder) Rechnung tragen. Das Betreuungsgeld wird für jedes in Luxemburg lebende Kind ausgezahlt, ohne Berücksichtigung des Einkommens der Eltern. Um eine soziale Komponente einzubringen, wird das Betreuungsgeld versteuert.</li> </ul>	<p>5. Ausbau und Verbesserung der sozialen und erzieherischen Einrichtungen: Flächendeckendes Angebot an pädagogisch wertvollen und finanziell erschwinglichen Kinderbetreuungseinrichtungen mit qualifiziertem Personal und flexiblen Öffnungszeiten, die den Bedürfnissen und Arbeitszeiten der Eltern entsprechen – Ausbau der Ganztagschulen – Ausbau des Angebots an Dienststellen, die Kinder im Krankheitsfall versorgen .</p>		

Partei	CSV	LSAP	DP	GRENG
<p><b>Scheidung</b></p>	<p>im Eherecht rechtsverbindlich festschreiben, dass z. B. derjenige Partner, der sich der Kindererziehung widmet und dadurch einen Einbruch seiner Pensionsabsicherung erleidet, im Falle einer Scheidung Anrecht auf eine finanzielle Entschädigung hat, um Pensionsansprüche zurückzukaufen.</p> <p>- bei Scheidung wird das Gericht nach dem Prinzip des Rentensplittings den Beitragsbetrag festlegen, welcher dem Rentenkonto des Ehepartners gutgeschrieben wird.</p> <p>- im Rahmen der Scheidungsprozedur konsequent auf Vermittlung setzen, um zu gütlichen Einigungen zu gelangen.</p> <p>- die Alimente neu regeln in dem Sinne, dass sie Alter und Gesundheit der Partner, der Dauer der Ehe, der Qualifikation, dem Willen und den Chancen auf Reintegration auf den Arbeitsmarkt des nicht berufstätigen Partners Rechnung trägt.</p> <p>- darauf hinwirken, dass zukünftig Eheverträge ausgewogene Modalitäten auch über die Ehe hinaus vor allem hinsichtlich der Erziehungspflichten, der Größenordnung der Alimentenzahlung und vermögensrechtlicher Fragen enthalten.</p> <p>- dafür sorgen, dass die zukünftige Nutzung der ehelichen Wohnung vor allem im Hinblick auf die Interessen der Kinder geregelt wird.</p> <p>Es ist im Interesse der Kinder, dass beide Eltern, egal ob sie verheiratet sind oder nicht, geschieden sind oder getrennt leben, gemeinsame das Sorgerecht für ihre Kinder ausüben. Das soll auch in Scheidungsurteilen als Regel gelten.</p>	<p>im Scheidungsrecht soll das Zerrüttungsprinzip voll zur Geltung kommen. Folglich wird die Befriedigung der Streitparteien erreichen; gleichzeitig sollen Dauer und Anzahl der Prozesse dadurch reduziert werden. Im Rahmen des neuen Scheidungsrechts wollen die Sozialisten auch eine vorübergehende Splitting-Regelung bei den Rentenansprüchen finden und das gemeinsame Sorgerecht verankern.</p>	<p><b>Scheidungsrecht vereinfachen und Interesse der Kinder fest im Visier.</b> Die DP wird das Scheidungsrecht, was die administrativen und juristischen Prozeduren anbelangt, vereinfachen. Wenn beide Partner sich auseinander gelebt haben, dann soll in Zukunft eine Ehe geschieden werden können. Das bestehende Scheidungsrecht, das zu langen, schwierigen und zum Teil hässlichen Prozessen geführt hat, deshalb abgeändert und vereinfacht. Das Schuldprinzip („divorce pour faute“) wird eingeschränkt. Es bleibt nur bestehen für besonders schwere Fälle, wie etwa die nachweisliche Anwendung von häuslicher Gewalt. Zudem wird die DP das elterliche Sorgerecht gleichsam auf beide Partner ausdehnen.</p>	<p>die generelle Individualbesteuerung, die alle Menschen gleich behandelt, fördern;</p> <p>2. Rentenanspruch für alle Ein eigenständiger, möglichst vollständiger Rentenanspruch schützt – insbesondere im Scheidungsfall – den nicht berufstätigen Ehepartner vor Altersarmut.</p>

ADR	LENK	KPL	Jaerling
<p>Väter und Mütter haben stets dieselben Rechte und Pflichten. Ein wichtiges Anliegen der ADR ist daher auch die Gleichstellung von Müttern und Vätern im Falle einer Trennung oder einer Scheidung. Beide Eltern müssen weiterhin ihr volles Sorgerecht behalten und auch ausüben können, während die Kinder ein unanfechtbares und uneingeschränktes Anrecht auf gleichen Umgang mit beiden Eltern haben. Ausnahmen werden hierbei nur in sehr gravierenden Fällen möglich sein.</p> <p>Das Strafrecht wird reformiert, um Eltern, die einem getrennt lebenden oder geschiedenen Elternteil die Kinder vorenthalten (non-représentation d'enfant) oder versuchen, ihm die Kinder zu entfremden (aliénation parentale), oder ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommen (abandon de famille), umgehend und streng zu bestrafen. Es darf hier nicht zu langen Prozessen kommen, die den Entfremdungseffekt noch fördern und somit den unverantwortlich handelnden Elternteil für sein Verhalten auch noch belohnen. Das gilt ebenso für Eltern, die ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nachkommen.</p> <p>Die Justiz muss stets neutral sein und alle Bürger unabhängig von ihrem Geschlecht gleich behandeln. Dies gilt insbesondere auch im Zivilrecht. So ist zum Beispiel bei Sorgerechtsfragen oder anderen Fragen im Zusammenhang mit Kindern darauf zu achten, dass nicht ein Geschlecht systematisch gegenüber dem anderen Geschlecht bevorzugt wird.</p> <p>Das Ehe- und Scheidungsrecht wird grundlegend erneuert. Im Vergleich zum Ausland ist Luxemburg hier weit ins Hintertreffen geraten! Die Unterschiede zwischen „legitimen“ und „natürlichen“ Eltern oder Kindern werden abgeschafft. Das Zerrüttungsprinzip wird als alleiniger Scheidungsgrund eingeführt, genau so wie das automatische, gemeinsame Sorgerecht. Soweit wie möglich sorgen die ehemaligen Eheleute eigenverantwortlich für sich selbst. Um Härtefälle zu vermeiden können Unterhaltszahlungen („pensions alimentaires à titre personnel“) vorgesehen werden.</p> <p><input type="checkbox"/> Individuelle Besteuerung der Personen: Schluss mit dem "Kumul"! das heißt Schluss mit der Doppelbesteuerung von Mann und Frau und den ungerechten und komplizierten Steuerklassen. Eine Individualbesteuerung bedeutet, dass es in Zukunft nur mehr eine Steuerklasse gibt. Bei Haushalten die aus 2 Personen bestehen, wovon eine nicht erwerbstätig ist, wird das einzige Einkommen rein technisch zwecks Individualbesteuerung halbiert.</p>			

Partei	CSV	LSAP	DP	GRENG
<b>Körper und Sexualität</b>				
<b>Sexualität</b>		<p>Für eine Fristenregelung beim Schwangerschaftsabbruch: Die Sozialisten wollen den Schwangerschaftsabbruch unter Straffreiheit stellen und Frauen damit vor möglichen Risiken bei illegal durchgeführten Abtreibungen schützen. Frauen sollten grundsätzlich das Recht haben, selbst über einen möglichen Schwangerschaftsabbruch zu entscheiden. Bislang erfolgt der legale Schwangerschaftsabbruch auf der Grundlage einer ärztlichen Indikation. Die LSAP plädiert in diesem Zusammenhang für eine Fristenregelung und will das Abtreibungsgesetz von 1978 entsprechend reformieren.</p> <p>Die Menschenwürde ist unantastbar. Deshalb lehnen die Sozialisten den Menschen- und Organhandel ebenso ab wie die Ausbeutung von Frauen durch Leihmutterschaft.</p> <p>Entsprechende Beratungsstellen und ein uneingeschränkter Zugang zu Verhütungsmitteln sind wesentliche Bestandteile eines wirksamen Jugendschutzes. Das gleiche gilt im Hinblick auf eine effiziente Aufklärung über mögliche Schwangerschaften und Geschlechtskrankheiten mit ihrem Risikopotenzial. In diesem Zusammenhang muss der Aids-Problematik besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.</p> <p>Im Umgang mit Sexualität setzen die Sozialisten auch weiterhin auf ein starkes Verantwortungsbewusstsein bei Jugendlichen. Sexualerziehung gehört zum Jugendschutz und soll auf allen Schulebenen mit der notwendigen Konsequenz erfolgen. Entsprechende Beratungsstellen und ein uneingeschränkter Zugang zu Verhütungsmitteln sind wesentliche Bestandteile eines wirksamen Jugendschutzes. Das gleiche gilt im Hinblick auf eine effiziente Aufklärung über mögliche Schwangerschaften und Geschlechtskrankheiten mit ihrem Risikopotenzial.</p>	<p><b>Wir werden dieser unhaltbaren Situation begegnen, indem wir das Abtreibungsgesetz von 1978 überarbeiten. Die DP will nunmehr auf eine Fristenregelung umschwenken, die der Frau die freie Entscheidung bis zur 12. Schwangerschaftswoche überlässt. Nach der 12. Schwangerschaftswoche muss ein Arzt über die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruchs entscheiden, sofern eine schwerwiegende Gefährdung der körperlichen oder seelischen Gesundheit der Frau diagnostiziert wird. Zusätzlich zu dieser Reform legt die DP sehr viel Wert auf eine angemessene Beratung. Wir werden die bestehenden Anlaufstellen für Frauen evaluieren und die Qualität gegebenenfalls verbessern. Schwangerschaft bei Minderjährigen. Die DP will konkrete Lösungen. Ungewollte Schwangerschaften stellen besonders für Minderjährige ein riesiges Problem dar. Ihre Zahl ist in den vergangenen Jahren gestiegen (im Schnitt über 70 Schwangerschaften pro Jahr).</b></p> <p><i>Wir werden Minderjährigen einen gratis Zugang zu Verhütungsmitteln geben. Minderjährige Mädchen werden unter ärztlicher Aufsicht Recht auf kostenlose Verhütungsmittel erhalten. Jedes minderjährige Mädchen wird ein Anrecht auf gratis Sprechstunden bei einem Gynäkologen erhalten. Die DP wird zusätzlich ein "Familiencenter" einrichten, das auch für minderjährige Mütter eine wahre Anlauf- und Beratungsstelle darstellen wird. Hier werden sie kompetente Antworten auf viele rechtliche und finanzielle Fragen erhalten.</i></p>	<p>Programme zur Sexualerziehung ausarbeiten, welche auf dem gegenseitigen Respekt und der Gleichstellung von Männern und Frauen aufbauen;</p> <p>4. Ein selbstbestimmtes Leben führen  déi gréng sind der Meinung, dass die Menschen selbst entscheiden sollen, ob und wann sie Kinder bekommen.  déi gréng werden:  - ein umfassendes Angebot an Sexualerziehung und die kostenlose Vergabe bzw. Kostenrückerstattung aller Verhütungsmittel für sozial Schwache und Jugendliche einführen;  - das Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch reformieren und Rechtssicherheit für die betroffenen Frauen schaffen. Ihnen soll die Möglichkeit gegeben werden, eine Schwangerschaftsunterbrechung unter guten medizinischen und menschlichen Bedingungen in Luxemburg durchführen zu lassen. Die Kosten für den Eingriff sollen von der Gesundheitskasse getragen werden.</p>
<b>Reproduktionstechnologien</b>	<p>(Wir wollen) die Leihmutterschaften verbieten, um der Kommerzialisierung des Frauenkörpers entgegenzuwirken.</p> <p>- die Oviedo-Konvention in Kraft setzen, die Menschenrechte und Menschenwürde gegenüber den Anwendungen in Biologie und Medizin regelt, und das Klonen von menschlichem Erbgut verbietet.  - ein Embryonenschutzrahmengesetz ausarbeiten als Voraussetzung für die Reglementierung einer ganzen Reihe von anderen Vorgängen.  - einer gesetzliche Regelung der In Vitro Fertilisation - eine Anpassung an die Den-Haager-Konvention, die vorsieht, dass Kinder ein Recht darauf haben, ihre leiblichen Eltern zu kennen  - die Leihmutterschaften verbieten, um der Kommerzialisierung des Frauenkörpers entgegenzuwirken.</p>		<p>Zeugungshilfetechniken unterstützen. Wir wollen Zeugungshilfetechniken fördern, wie z.B. homologe künstliche Insemination oder in vitro Befruchtung, um den sterilen Paaren zu erlauben, Leben zu schenken. Wir wollen die Zugangsbedingungen nicht regeln, sondern auf die Beziehungen Arzt-Patient vertrauen. Zeugungshilfetechniken sind bereits in jedem Krankenhaus erlaubt, das über eine Obstetrik verfügt. Die medizinisch-technischen Bedingungen, die berufliche Qualifikation der Mediziner, die Rechtslage der Fortpflanzungszellen- und Embryobanken sowie die Nutzung überzähliger Embryos zu wissenschaftlichen Zwecken erfordern eine adäquate Gesetzgebung. Wir widersetzen uns jedoch aus ethischen Gründen dem reproduktiven menschlichen Klonen.</p>	
<b>Prostitution</b>		<p>Ein „Allheilmittel“ im Kampf gegen Prostitution gibt es erwiesenermaßen nicht. Die Sozialisten werden sich auch weiterhin konsequent für den Respekt der menschlichen Würde einsetzen und jede Form von Menschenhandel unterbinden und strafrechtlich verfolgen. Der menschliche Körper darf nicht für Profitzwecke missbraucht oder ausgebeutet werden. Über Sexualerziehung und gezielte Sensibilisierungsmaßnahmen will die LSAP auf einen Mentalitätswandel hinwirken, um den Kauf und Verkauf von sexuellen Dienstleistungen langfristig einzudämmen.</p>		<p>Für déi gréng ist es wesentlich, das Problem Prostitution politisch pragmatisch anzugehen, ohne sich dabei von moralischen oder sittlichen Argumenten leiten zu lassen. Außerdem darf Luxemburg die Prostituierten und ihre Kunden nicht in die deutsch-belgisch-französische Grenzregion „abschieben“. déi gréng werden:</p> <p>- Lösungswege ausarbeiten, welche die Prostitution zwecks Drogenbeschaffung überflüssig machen;  - werden Prostituierte, welche diesen Beruf aus freien Stücken gewählt haben und ohne Zuhälter arbeiten, arbeitsrechtlich absichern. Außerdem sollen sie in den Genuss von Sozialversicherungen und Maßnahmen zum Gesundheitsschutz kommen;</p>
<b>Gewalt</b>				
<b>Sexuelle Belästigung</b>	<p>einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Mobbings ausarbeiten, aufbauend auf dem „accord inter-professionnel“ der Sozialpartner.</p>	<p>Für den Respekt der Menschenwürde: Handlungsbedarf sehen die Sozialisten auch in Zusammenhang mit Stalking. Die LSAP will das willentliche und wiederholte Verfolgen oder Belästigen einer Person unter Strafe stellen. Stalking verletzt die Menschenwürde und Privatsphäre der Opfer und kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Störungen führen. Neben repressiven Maßnahmen gegenüber Tätern soll Stalking-Opfern eine fachgerechte Hilfe und Betreuung angeboten werden.</p>	<p><b>"Stalking" muss bestraft werden.</b> Die DP wird, das bestehende gesetzliche Arsenal ergänzen, durch ein Gesetz, das die strafrechtliche Verfolgung von so genannten "Stalkern" (d.h. Personen, die andere willentlich und wiederholt verfolgen oder belästigen) vorsieht.</p>	<p>die kürzlich national umgesetzte EU Anti-Diskriminierungsrichtlinie konsequent anwenden. In Zusammenarbeit mit den Frauen- und Gleichstellungsverbänden wird eine klare Definition der Diskriminierung in Bezug auf direktes und indirektes Mobbing ausgearbeitet.</p>

ADR	LENK	KPL	Jaerling
<b>Körper und Sexualität</b>			
<p>So genannte «natürliche», das heißt unverheiratete Väter erhalten in jeder Hinsicht die gleichen Rechte wie die anderen Väter. Verheiratete und unverheiratete Väter haben dieselben Rechte und Pflichten. Die ADR ist der Auffassung, dass der wissenschaftliche Fortschritt im Bereich der DNA-Forschung auch in der Gesetzgebung ihren Niederschlag finden muss. So sollen Vaterschaftstests erlaubt sein, um direkt Betroffenen die Überprüfung ihrer Verwandtschaftsbeziehungen zu ermöglichen und dies ohne Altersbegrenzung der Kinder.</p> <p>Die ADR spricht sich für einen umfassenden Aufklärungsunterricht in den Schulen aus. Sie geht davon aus, dass diese Maßnahme auch dazu beiträgt, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Sie sieht keinen Reformbedarf beim derzeitigen Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch, möchte aber die soziale und materielle Unterstützung für junge Eltern spürbar verbessern. Ziel dieser Anstrengungen muss es sein, die Zahl ungewollter Schwangerschaften, also auch die der Abtreibungen deutlich zu verringern.</p> <p>Die ADR betont, dass die moralische Ablehnung der Abtreibung auch auf die neuen Formen des Eingriffs auf menschliche Embryonen angewandt werden muss, die unvermeidlich mit der Tötung des Embryos verbunden sind, auch wenn sie Zwecken dienen, die an sich erlaubt sind. Die Verwendung von Embryonen oder Föten als Versuchsobjekt stellt ein Verbrechen dar gegen ihre Würde als menschliche Geschöpfe, die das Recht auf dieselbe Achtung haben, die dem bereits geborenen Kind und jeder Person geschuldet wird.</p> <p>Die ADR bekennt sich zu einem absoluten Lebensschutz und zur Unantastbarkeit der menschlichen Würde, welche weder zu noch abgesprochen werden können und sie lehnt die utilitaristische Unterscheidung zwischen Mensch und Person ab.</p> <p>Schwere Verstöße gegen die Menschenrechte, auch und besonders wenn sie unter dem Vorwand religiöser Gebräuche geschehen, wie z.B. die Verstümmelung der Genitalien an jungen Mädchen, müssen streng verfolgt und mit hohen Gefängnisstrafen geahndet werden.</p>	<p>Straffreiheit des freiwilligen Schwangerschaftsabbruchs und die Möglichkeit, Abtreibungen in Luxemburg unter besten Bedingungen vornehmen zu lassen.</p> <p>14. Moderne Sexualerziehung und Verhütungspolitik durch obligatorische sexuelle Aufklärung in allen Schulen. Verhütungsmittel sollen entweder gratis sein (besonders für Jugendliche, die bei den Eltern mitversichert sind) oder von der Krankenkasse zurückerstattet werden.</p>		
<p>Die ADR fordert deshalb ein generelles Verbot von Experimenten am Beginn des Lebens, welche dazu führen, dass Embryonen als Rohstoff benutzt, manipuliert oder zerstört werden, wobei hier besonders das Klonen von Embryonen zur Gewinnung von embryonalen Stammzellen und die genetische Frühdiagnostik an künstlich erzeugten Embryonen (Präimplantationsdiagnostik) zum Zweck der Selektion zu nennen sind.</p>			
<p>Die Prostitution wird vollständig legalisiert und als steuer- und sozialversicherungspflichtiges Gewerbe voll anerkannt. Die Rechte und Pflichten der Prostituierten und ihrer Kunden werden gesetzlich geregelt. Eine Kriminalisierung und Bestrafung der Freier („schwedisches Modell“) kommt für die ADR nicht in Frage. Gleichzeitig werden die Maßnahmen gegen den Menschenhandel, gegen die Ausbeutung minderjähriger Prostituiertes, gegen die Beschaffungsprostitution sowie die Zwangsprostitution verschärft. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Zuhälterei werden geändert um auch den Prostituierten ein normales Familienleben zu ermöglichen. Prostituierte die eine andere Beschäftigung wählen möchten, können mit staatlicher Unterstützung rechnen.</p>			
<b>Gewalt</b>			
<p>Die ADR legt besonders viel Wert darauf, dass die Qualität der Gesetzgebung sich wieder verbessert und dass rechtsstaatliche Kriterien uneingeschränkt zur Geltung kommen. So müssen strafrechtliche Bestimmungen stets präzise formuliert werden. Eine Umkehr der Beweislast wird es mit der ADR nicht mehr geben. Einige Gesetze im Bereich der Chancengleichheit, insbesondere solche mit strafrechtlicher Relevanz, sind nach rechtsstaatlichen Kriterien dringend verbesserungswürdig und werden daher reformiert.</p>			

Partei	CSV	LSAP	DP	GRENG
<b>Häusliche Gewalt</b>	Nicht alle Partnerschaften verlaufen harmonisch. Wir werden den Schutz der beiden Partner vor ehelicher Willkür und Gewalt ausbauen.	Die Sozialisten wollen außerdem das Gesetz über häusliche Gewalt im Sinne eines verbesserten Opferschutzes überarbeiten. Polizeibeamte sollen im Rahmen ihrer Fortbildung verstärkt mit der Problematik befasst werden. Daneben fordern die Sozialisten eine Ausweitung des Hausverbots für männliche und weibliche Aggressoren. In diesem Kontext will die LSAP auch die Einführung einer Schutzzone prüfen und gegebenenfalls eine Bannmeile verhängen.	<b>Häusliche Gewalt: Betreuung von Frauen, Männern und Kindern verbessern.</b> Die DP wird die Gesetze betreffend die häusliche Gewalt sowie die moralische und sexuelle Belästigung bilanzieren und gegebenenfalls verbessern. Besonders was die häusliche Gewalt anbelangt, wird die DP die Betreuung der Kinder sowie der betroffenen Frauen und Männer verbessern. Zusätzlich werden wir dafür sorgen, dass die Ausbildung der Polizei vor dem Hintergrund von so genannten Wegweisungen verbessert wird. Im Rahmen einer intensiven Medienarbeit werden wir die häusliche Gewalt thematisieren und die Öffentlichkeit sensibilisieren.	
<b>Menschenhandel</b>		Die Sozialisten werden sich auch weiterhin konsequent für den Respekt der menschlichen Würde einsetzen und jede Form von Menschenhandel unterbinden und strafrechtlich verfolgen.		déi gréng werden: - gegen sämtliche Formen des Frauen- bzw. Menschenhandels angehen und sie kompromisslos bekämpfen. Wir werden deshalb mit den Anrainerstaaten gemeinsam alles unternehmen, um dem Menschenhandel Einhalt zu gebieten und die Prostitution zu reduzieren;
<b>Häufigkeit verschiedener Begriffe im Wahlprogramm</b>				
<b>Erwähnung von "Frauen"</b>	7 (davon 4 frauenspezifisch)	20 (davon 17 frauenspezifisch)	30 (davon 16 frauenspezifisch)	28 (davon 17 frauenspezifisch)
<b>Erwähnung von "Männer"</b>	7 (davon 1 männerspezifisch)	7 (davon 1 männerspezifisch)	15 (davon 2 männerspezifisch)	14 (davon 2 männerspezifisch)
<b>Erwähnung von "Gleichheit" (Frauen / Männer)</b>	1		3	3
<b>Erwähnung von "Geschlecht" (Frauen / Männer)</b>	1		12	3
<b>Erwähnung von "Gender"</b>			0	3

ADR	LENK	KPL	Jaerling
<p>Für die ADR bleibt die häusliche Gewalt, gegenüber dem Lebenspartner, den Kindern oder älteren Personen weiterhin ein ernst zu nehmendes Problem. Grundsätzlich begrüßt die ADR die aktuelle Rechtslage, wo der (die) Gewalttätige die Wohnung verlassen muss. Die ADR schlägt dabei ein etwas modifiziertes Eingreifmodell vor, auf der Basis des „SAMU social“ wie es das Rote Kreuz bereits mit großem Erfolg erprobt hat. Ohne den Schutz der Opfer zu mindern, wird hierdurch der Polizeieinsatz auf die besonders ernststen Fälle beschränkt. Der Staat muss für die Unterbringung der von ihm wegweisenen Personen und für den Schutz ihrer Güter während ihrer von ihm erzwungenen Abwesenheit sorgen. Die Dauer der Wegweisung ist in Luxemburg, auch im Vergleich zum Ausland viel zu lang, und wird daher gekürzt.</p>	<p>15. Geschlechtsbewusste Präventionsarbeit gegen Gewalt durch allgemeine Selbstbehauptungskurse und Kurse zu Konflikt- und Aggressionsbewältigung für Mädchen und Jungen in den Schulen. 16. Ausbau der Angebote im Bereich der Frauen- und Mädchenhäuser und der Angebote die sich an die Gewalttäter wenden</p>		
<p>Gleichzeitig werden die Maßnahmen gegen den Menschenhandel, gegen die Ausbeutung minderjähriger Prostituierter, gegen die Beschaffungsprostitution sowie die Zwangsprostitution verschärft.</p>	<p>17. Maßnahmen gegen den Frauenhandel – Eigenständige Sozialversicherung für Prostituierte: Wir fordern eine eigenständige Sozialversicherung für Prostituierte und adäquate Unterstützung und Beratung (und Bleiberecht) für Opfer von Menschenhandel und für Prostituierte, die aus dem Beruf aussteigen möchten.</p>		
<i>Häufigkeit verschiedener Begriffe im Wahlprogramm</i>			
13 (davon 7 frauenspezifisch)	24 (davon 13 frauenspezifisch)	1 (0 frauenspezifisch)	0
9 (davon 1 männerspezifisch)	14 (davon 1 männerspezifisch)	1 (0 männerspezifisch)	0
	13	32	0
	17	7	0
	1	5	0